

Mainz, 24.01.2014

Antrag **1355/2013/1 zur Sitzung Stadtrat am 11.09.2013**

**Gemeinsamer Änderungsantrag "Stromsperren in einkommensschwachen Haushalten vermeiden" zum Antrag „Prepaid-Zahlung bei Strom ermöglichen,, (1355/2013) der CDU-Stadtratsfraktion**

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Der Antrag wird wie folgt geändert.

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, auf eine abgestimmte Handlungsweise der Stromversorger, der Sozialbehörden und der Sozial- und Verbraucherschutzverbände zur Vermeidung von Stromsperren in einkommensschwachen Haushalten hinzuwirken.
2. wird übernommen.

**Begründung:**

Die Prepaid-Stromversorgung stellt lediglich eine von vielen Maßnahmen dar. Zur Zeit verhandelt das Land Rheinland-Pfalz mit den kommunalen Stromversorgern, Sozialbehörden und Sozial- und Verbraucherschutzverbänden um eine umfassende Selbstverpflichtung in Rheinland-Pfalz umzusetzen und damit Stromsperren in einkommensschwachen Haushalten zu vermeiden. Diese kann als Grundlage dienen.

Es ist bei der Konzeption für Mainz wichtig, dass zusätzlich zum Einsatz von Prepaid-Stromzählern Maßnahmen, wie zum Beispiel:

- Abtretungserklärungen
- Ratenzahlungen
- eine Verbesserung der Information und Kommunikation zwischen Stromversorgern und Kunden
- eine spezielle Anlaufstelle bei Stromversorgern und Sozialbehörden
- und vorhandene soziale Beratungsstellen

mit einbezogen werden.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

gez.

Dr. Eckart Lensch, SPD-Stadtratsfraktion  
Sylvia Köbler-Gross, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Walter Koppius, FDP-Stadtratsfraktion